



Beliebte Knospe: Das Schweizer Label für garantiert gentechfreie Produkte findet bei 42 Prozent der Bevölkerung grossen Anklang. Der Widerwillen gegen Gentech-Food breitet sich in ganz Europa aus. Bild: Bio Suisse

Mehr lesen



Bild: EPA

Bill und Melinda Gates haben ihr Herz und ihr grosses Portemonnaie der Landwirtschaft in Afrika geöffnet – mit zweifelhaften Folgen. Was die neue Grüne Revolution für fatale Konsequenzen haben kann, erfahren Sie auf [Seite 2](#).



Bild: www.sesamswiss.ch

Ein Jahrhundertprojekt hätte es werden sollen, der Nationale Forschungsschwerpunkt SESAM. Nach drei Jahren und fast 11 Millionen Franken erklärten die Verantwortlichen SESAM für gescheitert. Auf Ursachensuche mit dem Basler Appell [Seite 3](#).

Europa ist sich einig: Kein Appetit auf Gentech-Food!

Aktuelle Umfragen bestätigen einmal mehr: Die Mehrheit der EuropäerInnen lehnen Gentech-Pflanzen in der Landwirtschaft ab. Neu ist: Die Schweizer sind «Bio-Weltmeister».

Daniel Ammann
Geschäftsleiter SAG

«Würden Sie Brot kaufen, das mit Mehl aus genetisch verändertem Mais gebacken wurde, wenn es deutlich billiger wäre als herkömmliches Brot?» «Bestimmt nicht!» – so antworteten 70 Prozent der Menschen, die kürzlich an einer Online-Umfrage von DRS 1 teilnahmen. Das Resultat zeigt einmal mehr, wie gross die Ablehnung von Gentech-Food hierzulande ist. Dass die SchweizerInnen mit ihrer ablehnenden Haltung nicht alleine stehen, enthüllen Daten aus einer im März veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage. 27'000 Menschen aus den 27 EU-Mitgliedstaaten wurden gefragt, ob sie für oder gegen den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der Landwirtschaft sind. Die Antworten dürften der Gentech-Industrie nicht gefallen. Im Durchschnitt aller Länder sprachen sich 58 Prozent der Befragten gegen und nur gerade mal 21 Prozent für

die Verwendung von GVO in der Landwirtschaft aus. Die restlichen 21 Prozent äusserten keine Meinung. Besonders hoch war die Ablehnung in Zypern und Slowenien. Hier sprachen sich 80 Prozent der Befragten gegen den Einsatz von GVO aus. Auch in unseren Nachbarländern ist die Ablehnung überdurchschnittlich hoch: In Deutschland sind es 71 Prozent, in Frankreich 70 Prozent und in Österreich 62 Prozent. Die Zahl der GVO-Befürworter liegt in diesen drei Ländern bei rund 15 Prozent.

Schweizer sind «Bio-Weltmeister»

Die Resultate des Eurobarometers zerschlagen einmal mehr die Hoffnungen der Gentech-Industrie, dass ihre Produkte bei den KonsumentInnen auf Zustimmung treffen. Auch die steigende Nachfrage nach Bio-Produkten dürfte die Gentech-Industrie nicht freuen. Ganz vorne beim anhaltenden Bio-Boom ist die Schweiz. Laut dem «Konsum Report Schweiz» des WWF geben die KonsumentInnen in keinem anderen Land so

viel Geld für Bio-Produkte aus wie in der Schweiz. Der Anteil an Bio-Produkten am gesamten Lebensmittelumsatz stieg 2007 überdurchschnittlich und erreichte 4,7 Prozent. Im Durchschnitt wurden pro Kopf 170 Franken für Bio-Produkte ausgegeben. Damit sind die SchweizerInnen «Bio-Weltmeister».

Auch in der EU stehen Bio-Produkte hoch im Kurs: Etwa drei Viertel der europäischen KonsumentInnen sind bereit, Bio-Produkte zu kaufen, auch wenn sie dafür mehr bezahlen müssen. Nur gerade 5 Prozent der Befragten würden dem «überhaupt nicht zustimmen».

Deklaration von Fleisch, Milch und Eiern

Die KonsumentInnen fordern eine umfassende Kennzeichnung für ihre Wahlfreiheit. Bei Fleisch, Milch und Eiern ist die Wahlfreiheit zurzeit aber nicht gewährleistet, da diese Produkte nicht gekennzeichnet werden müssen, wenn sie von Tieren stammen, die mit GVO gefüttert worden waren. Was nach geltendem Lebensmittelrecht hingegen möglich wäre, ist, tierische Produkte, die nie mit GVO in Kontakt kamen, mit dem Label «ohne Gentechnik hergestellt» zu versehen. In der Praxis hat diese Kenn-

zeichnung bisher keine Bedeutung. Der Grund dafür ist, dass es keine praktikablen Vorschriften für die Deklaration «ohne Gentechnik» gibt und der Vollzug unklar ist.

Anders in Deutschland, wo jüngst die Vorschriften neu geregelt wurden. Künftig können Fleisch, Eier oder Milch in Deutschland mit einem «ohne Gentechnik»-Etikett versehen werden, wenn die Tiere während einer gewissen Zeitperiode kein Futter aus Gentech-Pflanzen erhalten haben. Mit Gentech-Mikroorganismen hergestellte Futterzusätze wie Vitamine, Aminosäuren oder Enzyme dürfen neu auch bei «ohne Gentechnik»-Produkten verwendet werden. Dadurch wird es in Deutschland möglich, dass Anbieter von Milch, Eiern und Fleisch sich damit profilieren können, wenn sie bei der Tierhaltung weitgehend auf Futtermittel aus gentechnisch veränderten Pflanzen verzichten.

Eine entsprechende Regelung für Schweizer Anbieter drängt sich auf: Der Schweizer Futtermittelimport weist lediglich einen Anteil von 0.02 Prozent an Gentech-Futtermitteln auf. Damit erfüllen auch Schweizer Produkte die im Nachbarland geltenden Kriterien für eine «ohne Gentechnik»-Auslobung!



Bild: Greenpeace

Gegen alle Vernunft wird Gentech-Weizen im Freiland getestet. Hunderte gaben ihrem Protest kreativen Ausdruck, indem sie auf nahen Feldern Zukunft säten. Mehr über die Versuche und die Proteste auf [Seite 4](#).

Standpunkt Hunger hat viele Ursachen



Die Hungerrevolten rund um den Globus haben mit Gewalt ins Bewusstsein gerufen, was lange verdrängt wurde: Viele Entwicklungs- und Schwellenländer sind nicht oder nur noch schlecht in der Lage, ihre Bevölkerung zu versorgen. Der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank wollen mit Nahrungsmittelhilfe einspringen. An den Problemen wird das nichts ändern.

Für die Explosion der Preise gibt es mehrere Gründe: Spekulationen auf den Rohstoffmärkten, die massive Förderung der Produktion von Agrotreibstoffen und die steigende Nachfrage nach Fleisch in China und Indien sind wohl die wichtigsten. Dahinter steht jedoch eine fehlgeleitete Landwirtschafts- und Handelspolitik, für die nicht zuletzt auch Weltbank und IWF mitverantwortlich sind. Jahrzehntlang haben sie die Regierungen vieler Entwicklungsländer dazu gebracht, die Produktion von Grundnahrungsmitteln zu vernachlässigen und die Grenzen für Importprodukte zu öffnen. Zudem wurden zugunsten einer auf Massenproduktion für den Export ausgerichteten Produktion Millionen von Kleinbäuerinnen und -bauern verdrängt.

Ein im April vorgestellter, von über 400 WissenschaftlerInnen erarbeiteter Bericht des Weltlandwirtschaftsrates fordert nun die radikale Umstellung der weltweiten Agrarproduktion. Dem monokulturellen Intensivanbau mit hohem Einsatz von Kapital und Energie erteilt er eine klare Absage. Teure Technologiepakete aus Gentech-Saatgut, Kunstdünger und Pestiziden bieten Entwicklungsländern keine Lösung, so ein Fazit des Berichts.

Die Hungerrevolten mögen kurzfristig mit Lebensmittellieferungen eingedämmt werden. Es führt jedoch kein Weg daran vorbei, die 2.6 Milliarden Kleinbäuerinnen und -bauern politisch und finanziell so zu stärken, dass sie die Ernährung der Bevölkerung langfristig sicherstellen können.

Tina Goethe
SWISSAID

Kofi Annan,
Präsident der Alliance
for Green Revolution
in Africa (AGRA)

Grüne Revolution mit Stiftungsgeldern Bill Gates: Ein Herz für Gentechnik?



Die weltgrössten Stiftungen geben nicht nur Geld für Afrika, sie entscheiden auch über eine neue Politik gegen den Hunger. Transgene Pflanzen sind Teil der – geplanten – Grünen Revolution für Afrika.

Christof Potthof, Biologe
Gen-ethisches Netzwerk Berlin

Bill und Melinda Gates haben ihr Herz für Afrikas Landwirtschaft entdeckt. Bereits im September 2006 gaben ihre Stiftung und die Rockefeller-Stiftung bekannt, dass sie gemeinsam 150 Millionen US-Dollar in die Entwicklung der Landwirtschaft des schwarzen Kontinents investieren und so den Problemen von Hunger und Armut begegnen wollen.

Initiiert wurde damit die sogenannte «Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika» (AGRA), die sich explizit auf die sogenannte Grüne Revolution bezieht, ihrerseits ein Projekt vor allem der Rockefeller-Stiftung zur Verbreitung von ertragreicheren und von Inputs wie Düngern und Pestiziden abhängigen landwirtschaftlichen Pflanzensorten, das vor allem in den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts betrieben wurde.

Kofi Annans Strategie mit oder ohne GVO

Im vergangenen Jahr, mit der offiziellen Gründung von AGRA am 14. Juni, wurde mit Kofi Annan eines der weltweit wohl repräsentativsten Gesichter Afrikas als Vorsitzender des Leitungsgremiums präsentiert. Dieser war kaum vier Wochen im Amt, als er seinen ersten Markstein setzte, an dem er sich in den nächsten Jahren vermutlich noch das eine oder andere Mal wird messen lassen müssen: «We in the alliance will not incorporate GMOs in our programmes» (Wir in der AGRA-Allianz werden Gentech-Pflanzen nicht in unser Programm aufnehmen). Eine «Klarstellung» seitens AGRA wurde nur wenig später auf der Internetseite veröffentlicht, wo es – noch heute – heisst, AGRA werde sich nicht zum Anwalt für oder gegen die Anwendung der Gentechnik machen. AGRA fördere zwar derzeit kein solches Projekt. Allerdings

werde man die «zukünftige Förderung von gentechnischer Veränderung zur Verbesserung von Nutzpflanzen nicht ausschliessen, wenn diese die Methode ist, die die Bedürfnisse kleiner Landwirte am besten bedient und im Einklang mit der Politik der jeweiligen Regierung steht. Der Applaus folgte auf dem Fusse: Fünf Biotech-Lobby-Organisationen begrüssten diese Klarstellung in einer gemeinsamen Presseerklärung.

Berechtigterweise fragt also Bob Wayne Bell Jr. in der kenianischen Business Daily Africa «What exactly did Mr. Annan say in Nairobi?» (Was genau hat Mr. Annan in Nairobi gesagt?) und es ist gut möglich, dass er mit dieser Frage mitten in die Strategie von Annan trifft: sich nicht festzulegen. Schon in dem Bericht «Halving Hunger: it could be done», der 2005 im Rahmen des Millenniumprojektes der Vereinten Nationen unter seiner Federführung zusammengestellt worden war, wird zwar die Förderung der Gen- und Biotechnologien nicht explizit gefordert, doch gibt es auch dort Passagen, die als Pate für die Nutzung von GVO gelesen werden können. Die Autorengruppe schrieb damals, sie unterstütze sowohl «die konventionelle Züchtung wie auch die Forschung mit gentechnisch veränderten Pflanzen bei angemessenen Biosicherheits-Massnahmen».

Schwerpunkte von AGRA

1'000 neue Sorten bis 2017, einhundert davon bereits in den nächsten fünf Jahren, sollen im Rahmen der Allianz «für die Kleinbauern» Afrikas, wie stets betont wird, bereitgestellt werden. Soweit erkennbar, gilt die AGRA-Feststellung noch, dass gentechnisch veränderte Pflanzensorten bisher nicht gefördert werden. Allerdings ist die Gates-Stiftung selbst sehr wohl an solchen Entwicklungen beteiligt. Zuletzt gab sie den Start eines Projektes zur Entwicklung eines trockenresistenten Mais bekannt; diese wird in den nächs-

ten fünf Jahren mit mehr als 40 Millionen US-Dollar gefördert. Kooperationspartner sind hier neben dem Internationalen Mais- und Weizen-Zentrum CIMMYT auch die beiden Biotech-Konzerne Monsanto und BASF ... ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Schon vor dem neuen Mais-Projekt sponserte Familie Gates die Entwicklung von Gentech-Pflanzen nach Darstellung des African Center for Biosafety alleine in Afrika bereits mit mehr als 75 Millionen US-Dollar. So ist wenig verwunderlich, wenn bei den Organisationen der Zivilgesellschaft die Alarmglocken klingeln sobald von den Aktivitäten von AGRA und der Gates-Stiftung die Rede ist. Und es kann kaum als vertrauensbildende Massnahme interpretiert werden, wenn AGRA, wie im November 2006 geschehen, den ehemaligen Vize von Monsanto, Rob Horsch, einstellt, damit dieser sich federführend um die Verbesserung der Erträge im südlichen Afrika kümmert.

Der mögliche Einsatz gentechnischer Pflanzen ist für viele Kritikerinnen und Kritiker dabei das Eine, mindestens ebenso wichtig ist aber auch das Bekenntnis zur Grünen Revolution – ist sie doch für die Allianz namensgebend. «Wenn die Grüne Revolution in Afrika bisher gescheitert ist, wie soll dann mehr davon die Nahrungskrise lösen?» fragt Eric Holt-Gimenez von der kalifornischen Aktivistengruppe «Food First». Er glaubt nicht daran, dass man «technokratische Lösungen von aussen in die afrikanischen Gesellschaften hineinragen sollte».

Impressum

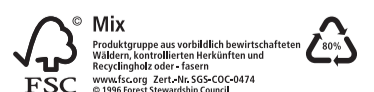
Herausgeberin
sag schweizerische arbeitsgruppe
gentechnologie
postfach 1168, 8032 zürich
telefon 044 262 25 63
fax 044 262 25 70
info@gentechnologie.ch
www.gentechnologie.ch
postcheck 80-150-6

Redaktion
Daniel Ammann, Hanna Diethelm, Benno Vogel

Gestaltung und Druck
Bringolf Irion Vögeli GmbH, Zürich
ropress genossenschaft, Zürich

Auflage
32'000 Ex., erscheint vierteljährlich
im SAG Mitgliederbeitrag enthalten

Papier
Edelweiss, 80% Recycling aus Altpapier
(bedruckte Sammelware), 20% FSC-Neufasern



«Das Projekt hat sich selbst erledigt.» SESAM bleibt zu

Der nationale Forschungsschwerpunkt SESAM*, der den Ursachen für psychische Gesundheit und Krankheit auf den Grund gehen wollte, ist ein Scherbenhaufen. Mit der Geschäftsführerin des Basler Appells gegen Gentechnologie und dem SESAM-Ko-Studienleiter auf Ursachensuche.

Christa Dettwiler

«Wir stecken uns den Sieg nicht an den Hut. Das Projekt hat sich selbst erledigt. Allerdings haben wir mit dem Druck auf die Ethikkommission nachgeholfen.» Pascale Steck, Geschäftsführerin des Basler Appells gegen Gentechnologie, schüttelt den Kopf. Es habe schlicht am gesunden Menschenverstand gefehlt. «Es geht nicht, Frauen, Familien, Kinder auf Zahlen und Daten zu reduzieren. Wer schon mal schwanger war, weiss, wohin sich die Prioritäten verschieben. Sich für eine über 20 Jahre dauernde Studie zu verpflichten, ist keine.»

Gut möglich, dass es tatsächlich so einfach ist. Sicher, dass genauere Abklärungen schnell gezeigt hätten, dass ein grosser Teil der Schwangeren an den Schweizer Uni-Spitälern mit dem Ausfüllen der komplexen Fragebögen überfordert sind – schon allein der Sprache wegen.

Professor Alexander Grob, Ko-Studienleiter von SESAM, sieht viele verschiedene

Gründe, die zum Abbruch der Kernstudie geführt haben. Den Widerstand des Basler Appells kommentiert er bitter: «Die unsachlichen externen Angriffe und haltlosen Kritiken des Basler Appells haben das öffentliche Umfeld in Beschlag genommen und massiv Ressourcen gekostet, um die unbelegten Behauptungen und breit gestreuten Unwahrheiten betreffs der rechtlichen Zulässigkeit der geplanten SESAM-Forschung ins richtige Licht zu rücken.» Und er meint, es sei durchaus denkbar, «dass die Unwahrheiten und Behauptungen des Basler Appells letztlich auch die Ethikkommission zu restriktiveren Auflagen geführt haben, da sie aufgrund der Petitionsstimmen – die auf unwarhen juristischen Schlussfolgerungen beruhen – keinen Fehler machen wollte.»

Am 10. März 2008, rund drei Jahre nach Vorstellung eines der ambitionsesten Projekte der Schweizer Wissenschaft und 10,2 Millionen Franken (von 22 Millionen bewilligten) mussten die Projektleiter die Segel streichen.

Pascale Steck spricht nicht von Triumph, sondern von leiser Genugtuung. Sie spricht auch nicht von Grössenwahn, sondern davon, dass man vielleicht den Mund etwas voll genommen habe. «Man sprach von einem Datenschatz von internationaler Bedeutung, von einem grossen Schub für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Schweiz.»

Umso tiefer der Fall, der im Parlament bemerkenswert wenig Echo ausgelöst hat. Einzig Nationalrätin Maya Graf und 23 weitere ParlamentarierInnen wollen vom Bundesrat Antworten auf «Fragen zur Verantwortlichkeit dieses Fiascos». Auch auf eine Pilotstudie, Standard bei derart ambitionierten Projekten, wurde verzichtet – offiziell aus Termingründen. Eine Ausrede, sagt Pascale Steck. «Der ganze Prozess war von Anfang an sehr intransparent. Der 200-seitige Studien-Beschrieb wurde nie öffentlich diskutiert.» Die Studienleitung ortet die Gründe für den Absturz vor allem in der mangelnden Bereitschaft von Individuen, sich im Interesse des Allgemeinwohls in den Dienst der Wissenschaft zu stellen. Tatsächlich waren anstatt 3'000 Frauen nur «eine Handvoll» bereit, mitzumachen. Wie tief die Skepsis in der Bevölkerung ging, machte der Basler Appell schon früh klar. Er sammelte im März 06 müheles 12'000 Unterschriften gegen die «fremdnützige Forschung an Kindern».



Pascale Steck, Biologin, Geschäftsführerin Basler Appell gegen Gentechnologie

* Für die SESAM-Kernstudie sollten 3'000 Kinder von der 12. Schwangerschaftswoche bis zum 20. Altersjahr regelmässig untersucht (zu Beginn mit Ultraschall) und befragt werden. Dazu waren Interviews mit Eltern und Grosseltern vorgesehen. Die ursprünglich geplanten DNA-Tests mussten aufgrund der massiven Kritik gestrichen werden.

Hat das SESAM-Debakel Auswirkungen auf die aktuelle Diskussion im Parlament zum Gesetz über die Forschung am Menschen?

Pascale Steck: «Wäre SESAM durchgeführt worden, hätte das Fakten geschaffen. Das Scheitern zeigt, dass diese Art von Forschung nicht geht. Und das ist eine ganz wichtige Botschaft, die hoffentlich auch auf politischer Ebene wahrgenommen wird.»

gentech-news

Schweden: Gentech-Raps ist kaum kontrollierbar

Ist Gentech-Raps einmal in der Umwelt, ist er kaum mehr zu kontrollieren. Das zeigen Forschende der Universität Lund. Sie hatten vor zehn Jahren auf einem Versuchsfeld Gentech-Raps ausgesät. Seither haben sie das Feld nicht nur jährlich gepflügt und mit Herbiziden behandelt, sie haben jeweils auch alle Rapspflanzen ausgerissen, die trotz Gift und Pflug keimten. Doch auch zehn Jahre nach der ersten Aussaat wuchs noch Raps auf dem Versuchsfeld. Samen des Gentech-Raps blieben demnach zehn Jahre keimfähig im Boden. Die Konsequenz: Felder von Gentech-Raps zu befreien ist kaum möglich.

USA: Gentech-Baumwolle lohnt sich nicht

Die Industrie verspricht: Genmanipulierte Baumwolle ist profitabler als herkömmliche Baumwolle. Ist das wahr? Nein. Das zeigen Daten aus den USA. Dort haben Forschende der Universität Georgia vier Jahre lang den Anbau von herkömmlicher und genmanipulierter Baumwolle begleitet und die Gewinne der Landwir-

te verglichen. Ihr Resultat: Die Profite mit der herkömmlichen Baumwolle waren in allen vier Jahren grösser.

Benin, Orissa, Madeira und kanarische Inseln: neue gentechfreie Zonen

Der afrikanische Staat Benin hat das Moratorium für Import, Vertrieb und Anbau von Gentech-Pflanzen auf weitere fünf Jahre verlängert. Auf den kanarischen Inseln und auf Madeira haben die lokalen Regierungen beschlossen, den Anbau von Gentech-Pflanzen zu verbieten. Madeira zum Beispiel hat in den Biolandbau investiert und will diesen nicht gefährden. In Indien hat der Bundesstaat Orissa den Anbau von Gentech-Kulturen untersagt.

England: Embryo aus Mensch und Kuh

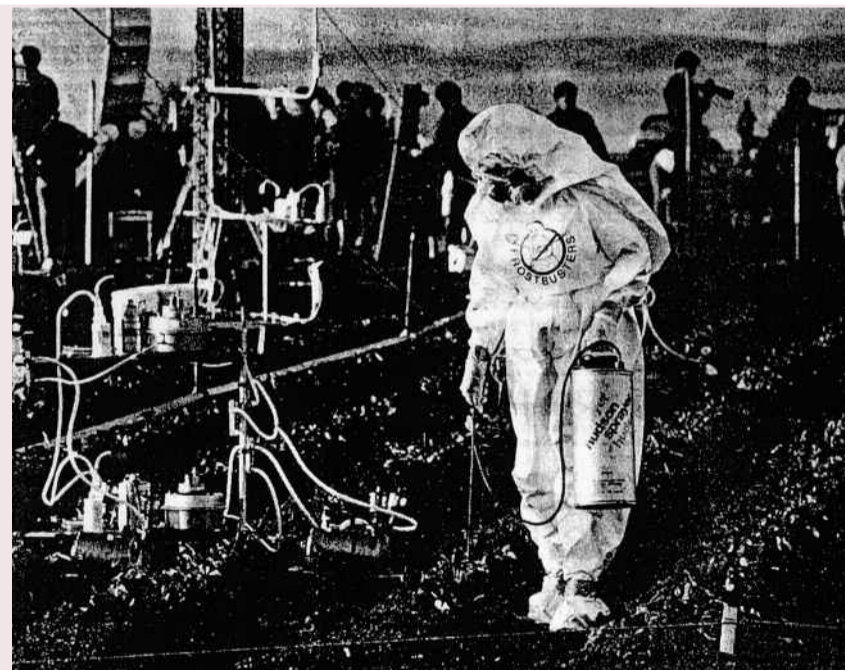
Forschende haben menschliches Erbgut in die Eizellen von Kühen eingebracht. Der heranwachsende Kuh-Mensch-Embryo wurde nach drei Tagen getötet. Kirchliche Kreise protestierten: Der Mischembryo sei eine «monströse Attacke auf die Menschenrechte, auf die menschliche Würde und auf das menschliche Leben.»

Europa: Rumänien kündigt Verbot von MON810-Mais an

MON810, eine genmanipulierte Maissorte der US-Firma Monsanto, ist zurzeit die einzige Gentech-Pflanze, die in der EU angebaut werden darf. Neue wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass MON810 eine Gefährdung für Nützlinge darstellen könnte (siehe genschutzzeitung 50). Ungarn, Frankreich, Österreich und Griechenland haben deshalb den Anbau von MON810-Mais auf ihren Hoheitsgebieten bereits vorsorglich untersagt. Jetzt hat auch Rumänien angekündigt, den Anbau des Monsanto-Mais zu verbieten.

USA: Haben Proteste gegen Gentech-Bakterien Klimaschäden verhindert?

Pseudomonaden sind Bakterien, die auch in Wolken vorkommen. Laut neuen Untersuchungen spielen sie dort eine wichtige Rolle: Sie sind mitverantwortlich dafür, dass sich in den Wolken Wassertropfen und Schneeflocken bilden. Vor 18 Jahren wollten Forschende in den USA genmanipulierte Pseudomonaden freisetzen. Sie hatten den Bakterien genau das Gen entfernt, das sie für die Bildung von Schneeflocken und Wassertropfen benötigen. Vehemente Proteste verhinderten damals die meisten Freisetzungen. Vielleicht haben sie damit auch schlimme Folgen für das Klima verhindert.



1987 wurden von der US-Firma Advanced Genetic Sciences gentechnisch manipulierte, frostresistente Pseudomonas-Bakterien direkt in der Umwelt auf Erdbeerkulturen versprüht.

Sie können die «gentech-news» auch abonnieren und erhalten dann zweiwöchentlich Informationen gratis per E-Mail zugeschickt.

Abonnieren unter:
info@blauen-institut.ch

Freisetzung von Gentech-Weizen: Riskant und überflüssig



Die Freisetzungsversuche in Zürich haben begonnen. Zuvor haben rund 800 Menschen gegen die Versuche protestiert. Sie haben Samen von Bio-Weizen ausgesät und damit ein Zeichen für eine gentechfreie Zukunft gesetzt.

Marianne Künzle
Greenpeace Schweiz

Während dem Anbau-Moratorium will das Nationale Forschungsprogramm 59 (NFP59) die Nutzen und Risiken der Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen in der Schweiz abklären. Ein grosser Anteil der insgesamt 12 Millionen Franken Forschungsgelder fliesst in drei Freisetzungsvorhaben mit Gentechnik-Weizen der ETH und Universität Zürich. Mit dieser Schwerpunktsetzung scheint das NFP59 aber in erster Linie akademischem Selbstzweck zu dienen. Denn für die brisante Frage nach Nutzen und Risiken von herbizid- oder insektenresistenten Pflanzen, die für einen allfälligen Anbau in der Schweiz zuerst in Frage kämen, stellt das NFP59 nur spärliche

Mittel bereit. Und Fragen zur Wirkung von Gentechnik-Pflanzen auf die Gesundheit von Tier und Mensch sind überhaupt nicht Bestandteil des Forschungsprogramms.

Riskante und überflüssige Freilandversuche

Bei den Freisetzungsvorhaben der ETH und Universität Zürich soll während der nächsten drei Jahre getestet werden, ob Gentechnik-Weizen gegen Pilze resistent ist. In der Schweiz sind Pilzkrankungen bei Weizen aber nur dort ein Problem, wo mit intensiven Anbaumethoden gearbeitet wird (hoher Dünger- und Spritzmitteleinsatz). Zudem gibt es bereits konventionell gezüchtete pilzresistente Sorten. Dass die Forschenden sich auch Fragen möglicher negativer Auswirkungen auf andere Lebewesen annehmen, ist zwar

begrüssenswert. Solche Biosicherheitsabklärungen könnten aber auch im Labor oder in Gewächshäusern gemacht werden. Hinzu kommt, dass Erkenntnisse aus aller Welt bereits negative Auswirkungen von Gentechnik-Pflanzen auf die Umwelt zeigen. Sollen zusätzliche Risiken mit Feldversuchen in der Schweiz eingegangen werden?

Lückenhafte Informationen

Die am 7. Februar 2008 vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) definitiv erteilte Bewilligung basiert auf äusserst lückenhaften Informationen. Als die Gesuche im Mai 2007 eingereicht wurden, fehlten wichtige Daten. Unter anderem waren einige der Gentechnik-Weizenlinien zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht entwickelt, womit auch Daten fehlten, die laut Gesetz in einem Freisetzungsgesuch enthalten sein müssten – so zum Beispiel die molekulare Charakterisierung der freizusetzenden Gentechnik-Pflanze. Zudem müsste ausreichend gezeigt werden, ob toxische, Allergie auslösende oder andere schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch oder Tier zu erwarten

sind. Anstatt die Gesuche zurückzuweisen hat das BAFU am 3. September 2007 dann aber eine vorläufige Bewilligung erteilt – mit minimaler Frist zur Nachlieferung der fehlenden Daten. Zwar durften dann mit dem definitiven Entscheid nicht alle Gentechnik-Linien ausgesät werden. Stossend ist aber, dass für die noch immer fehlenden Daten eine weitere Fristverlängerung gewährt wird. Mit anderen Worten: Während das BAFU bis Ende 2008 auf Daten wartet, die es prüfen muss, wachsen die Gentechnik-Pflanzen bereits! Greenpeace und verschiedene weitere Umwelt-, Konsumentenschutz- und Bauernorganisationen haben eine Aufsichtsbeschwerde gegen den BAFU-Entscheid eingereicht. Eine Antwort steht noch aus.

Beschwerde besorgter BürgerInnen

Auch im waadtländischen Pully wollen die ETH und Universität Zürich dieses Jahr Gentechnik-Weizen freisetzen. Besorgte BürgerInnen könnten dies jedoch verhindern. Sie haben eine Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Da das Gericht noch nicht entschieden hat und die möglichen Termine für die Aussaat des Gentechnik-Weizens bald vorbei sind, könnte Pully zumindest dieses Jahr gentechnikfrei bleiben.

Zukunft säen!

Mitte März haben rund 800 Menschen am Event «Zukunft säen!» teilgenommen und in Sichtweite des zürcherischen Gentechnik-Feldes sowie in der Nähe von Pully einen Bio-Acker besät. In Pully konnte selbst das wirklich üble Wetter viele Menschen nicht davon abhalten, ein starkes Zeichen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft zu setzen. Organisiert wurde der Protest von Greenpeace und der Initiative «Zukunft säen!». Mehr dazu auf www.avenirse.ch.

Ziel: gentechnikfreie Lebensmittel

Trotz der kritischen Stellungnahme, dem Wiedererwägungsantrag und der Aufsichtsbeschwerde der Organisationen der SAG und dem Protest vieler Menschen vor Ort haben die Forschenden am 30. März in Zürich mit dem Freilandversuch begonnen. Sollte es in Pully gelingen, den Freilandversuch auf juristischem Weg zu verhindern, wäre dies ein wichtiger Teilerfolg. Sehr zentral für die Arbeit der nächsten Monate und Jahre wird jedoch sein, die Probleme der Agrogentechnik einem noch breiteren Teil der Bevölkerung zugänglich zu machen – nur so kann es gelingen, mittel- und langfristig die Schweizer Lebensmittelproduktion gentechnikfrei zu halten.

Zukunft säen! Was heute wächst, ernten wir morgen

Ein vierminütiger Film gibt die Eindrücke und Stimmungen zum Protest gegen die sinnlosen und riskanten Experimente mit Gentechnik-Weizen wieder. <http://www.greenpeace.ch/de/fotos-videos/videos/gentechnik/zukunft-saen/>



Bilder: Greenpeace

Gleich zwei neue Internet-Plattformen bieten eine engere Verbindung zwischen Bauern und Konsumentinnen an.

EccoFood Auf der Plattform www.eccofood.ch – einem Projekt der MUT Stiftung und des Zürcher Tierschutzes – können Bauern und Bäuerinnen ihre naturnah angebauten Lebensmittel sowie ihre Dienstleistungen anbieten. KonsumentInnen erhalten nicht nur einen Überblick über regionale und saisonale Angebote, sondern haben auch die Möglichkeit, die einzelnen Angebote zu bewerten. Mit im Boot sitzen auch Detailhändler, Gastronominnen und die weiterverarbeitende Branche.

EccoFood verspricht sich von ihrer Plattform, die sich zurzeit noch in der Testphase befindet, eine breit verankerte Unterstützung für eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Im Oktober soll die definitive Version anlässlich der OLMA in drei Landessprachen aufgeschaltet werden. Interessierte können sich jetzt schon kostenfrei anmelden.

Bio Suisse Auch Bio Suisse und der Schweizerische Bauernverband stellen neu eine gemeinsame Internetplattform für die Vermarktung von Angeboten auf dem Bauernhof zur Verfügung. Dank einer geografischen Suche gelangen die KonsumentInnen und Konsumenten rasch und übersichtlich zu den Bauernbetrieben in ihrer Region, die Produkte oder Dienstleistungen ab Hof vermarkten.

Neben dem bewährten Angebot «Vom Hof» auf www.landwirtschaft.ch finden KonsumentInnen und Konsumenten auf der neuen Seite www.knospehof.ch ausschliesslich Angebote der bisher rund 550 aufgeschalteten Bauernbetriebe, die nach biologischen Richtlinien produzieren.